

**Bundesministerium für Umwelt,
Jugend und Familie**A-1015 Wien, Mahlerstraße 6
Postfach 10

Telefon 51 507 / *

Klappe:

24

Sachbearbeiter:

Frischengruber

GZ: 31 6100/29-III/1/87

An das
Präsidium des NationalratesParlament
1010 W i e n
=====

Bitte bei Antwort i m m e r die Geschäftszahl anführen.

GESETZENTWURF	
Zl.	51 - GE 9 87
Datum:	17. SEP. 1987
Verteilt:	21. Sep. 1987

Hoff
A. Baute

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes über
die Gerichtspraxis der Rechtspraktikanten
(Rechtspraktikantengesetz - RPG)

Bezug: Schreiben des Bundesministeriums für Justiz
vom 29. Juli 1987, 599.00/2-III 1/87

Das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie beehrt
sich, 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum oben angeführten
Gesetzesentwurf zu übersenden.

14. August 1987

Für den Bundesminister:

E N T

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

[Signature]

**Bundesministerium für Umwelt,
Jugend und Familie**A-1015 Wien, Mahlerstraße 6
Postfach 10

Telefon 51 507 / *

Klappe:

24

Sachbearbeiter:

OR Frischengruber

GZ: 31 6100/29-III/1/87

An das
Bundesministerium für
Justiz
Sektion IIIMuseumstraße 7
1070 W i e n

=====

Bitte bei Antwort i m m e r die Geschäftszahl anführen.

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes über die
Gerichtspraxis der Rechtspraktikanten
(Rechtspraktikantengesetz - RPG);
allgemeines Begutachtungsverfahren

Bezug: Schreiben vom 29. Juli 1987, 599.00/2-III/1/87

Das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie erstattet
zum oben genannten Gesetzentwurf folgende

S T E L L U N G N A H M E

1.

Das mit dem Gesetzentwurf verfolgte rechtspolitische Vorhaben
wird besonders begrüßt. Der Entwurf enthält in wünschenswerter
Klarheit Regelungen über die Rechtstellung der
Rechtspraktikanten; er vereinfacht wegen seiner
rechtsbereinigenden Wirkung die Tätigkeit der Justizverwaltung.

2.

Das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie erlaubt sich, auf folgendes hinzuweisen:

Der **§ 27 dritter Satz Entw** sieht den **gesetzlichen** Ausschluß der aufschiebenden Wirkung der Berufung gegen Bescheide, mit denen die Ausschließung von der Gerichtspraxis verfügt wird, vor. Diese Regelung könnte im Licht der jüngsten Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs (vergleiche das E vom 11. Dezember 1986, G 119/86-19, mit dem der vergleichbare § 254 der Bundesabgabenordnung als verfassungswidrig aufgehoben wurde, kundgemacht unter BGBl. Nr. 73/1987) bedenklich sein. Der hinter diesem Vorschlag stehenden Absicht könnte jedoch unschwer durch die Möglichkeit des Ausschlusses der aufschiebenden Wirkung der Berufung im Sachbescheid entsprochen werden (vgl. etwa § 64 AVG, § 12 Abs. 2 zweiter Satz DVG und § 12 Abs. 2 AußStrG).

3.

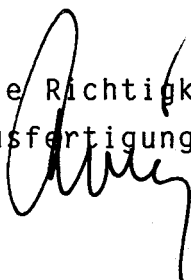
25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme wurden unter einem dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

14. August 1987

Für den Bundesminister:

E N T

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'M. ...', is written over the text 'Für die Richtigkeit der Ausfertigung:'.